

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Nationalsozialistische Schießerei in München.

München, 27. April. (TU.) Gestern Abend kam es, wie die „Münchener Post“ meldet, zu schweren Zusammenstößen zwischen Linkssozialisten und Hakenkreuzern. Die Jungsozialistengruppe Neuhausen hatte in der Gastwirtschaft „Zur Volkshalle“ ihren regelmäßigen Jungsozialistenabend. Gegen 9 Uhr rückte ein Zug Nationalsozialisten gegen die Wirtschaft vor. Sie wollten unbedingt in die Wirtschaft eindringen, um dort, wie sie sagten, alles kurz und klein zu hauen und das Nest einmal auszuräumen. Schließlich kamen einige Schulleute, die bei der bedrohlichen Situation sofort durch Signale Verstärkungen herbeieführten. Dann schwärmten sie in die Straßendirekte aus und legten sich schußbereit auf den Boden. Die Nationalsozialisten gaben von ihrer Stellung aus planlos auf die vor der Wirtschaft Stehenden, darunter die Schuhmannschaft, etwa 30 scharfe Schüsse ab. Dabei wurde einer der Jungsozialisten am Unterschenkel schwer verletzt, ein anderer durch drei schwere Schüsse im Rücken und die Lunge verwundet. Als die Polizisten aufgefordert wurden, von ihrer Waffe Gebrauch zu machen, gaben sie zur Antwort: „Wir dürfen ja nicht schießen.“

Die „Münchener Post“ schreibt, der Überfall sei von den Hakenkreuzern planmäßig vorbereitet und organisiert worden. Das sei also der erste offene Straßenkampf in

München gewesen. Von der „Münchener Zeitung“ wird zur gleichen Angelegenheit gemeldet, daß im Verlaufe des Streites etwa zehn Schüsse abgegeben wurden und daß vier Personen so schwer verletzt wurden, daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Ein 48jähriger Schmiedegeselle erhielt eine Stichverletzung, ein 33jähriger Schlosser einen Hieb auf den Kopf und eine Schußverletzung am rechten Fuß, während ein Schreiner und ein Friseurgeselle leichtere Verletzungen hatten. Am Schluß waren an dem Kampfe etwa 400 Personen beteiligt. Dieses Blatt stellt den Vorgang als eine Ränerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten dar.

Der Haftbefehl gegen Eckart ausgesetzt.

München, 27. April. (TU.) Wie wir erfahren, ist der Vollzug des Haftbefehls des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik gegen den Redakteur Friedrich Eckart vorläufig ausgesetzt worden, da eine ärztliche Untersuchung die Diagnose als Lungen Schrumpfung bestätigt hat. Der Vollzug des Haftbefehls gegen den Redakteur Martin Wegner war bisher unmöglich, da Wegner unauffindbar ist und sich offenbar demnach hält. Der Haftbefehl bleibt aufrechterhalten, und es dürfte demnächst auch die Ausschreibung im „Zentralpolizeiblatt“ veröffentlicht werden.

Das deutsche Angebot.

Die Note, die das deutsche Angebot enthält, wird voraussichtlich nicht vor Dienstag fertiggestellt und veröffentlicht werden.

München, 27. April. (TU.) Von autoritativer Seite der Deutschen Volkspartei in Bayern wird der „Münchener Zeitung“ versichert, daß in der Reichstagsfraktionsitzung der Deutschen Volkspartei am letzten Dienstag der Abg. Stresemann die Gerüchte, als ob er mit seiner letzten Reichstagsrede die Absichten der Reichsregierung durchkreuzen wollte, als Lügen erklärte. Er und seine Fraktion ständen einmütig hinter der Reichsregierung und seine Stellungnahme sei in Führung und im Einvernehmen mit dem Reichskanzler Cuno und dem Außenminister Rosenberg erfolgt.

Das französische Mißtrauen.

Eine Drohnote des „Matin“.

Paris, 27. April. (CA.) Man hat in Paris den Eindruck, als ob etwaige deutsche Reparationsangebote nicht ernst gemeint sein könnten. Man vermutet vielmehr, daß sich das Kabinett Cuno zu Vorschlägen nur entschließen wolle, um dem Druck der Linken nachzugeben, daß es aber immer auf halbem Wege fehr mache, weil die Reichsparteien gegen jeden Ausgleich mit Frankreich protestieren. Wenn auch deutsche Reparationsangebote in nächster Zeit eintreffen sollten, so geschähe dies sicherlich mehr aus Rücksicht der inneren deutschen Politik, als daß sie dem Wunsch entsprängen, das Reparationsproblem endgültig zu lösen.

Der „Matin“ erklärt heute, das französische Kabinett sei sich in seiner gestrigen Sitzung über die künftig einzunehmende Haltung schlüssig geworden. Man zweifle lebhaft daran, daß Deutschland Vorschläge machen wolle, die wert wären, erörtert zu werden. Die letzten Verordnungen des Reichspräsidenten Ebert bewiesen, daß Reichskanzler Dr. Cuno sich immer auf größere Gewalttätigkeiten vorbereite, und man habe infolgedessen nicht den Eindruck, daß das Reichskabinett kapitulieren wolle. Der Kampf, den Deutschland gegenwärtig führe, sei ein Aufruf gegen den unterzeichneten Versailler Friedensvertrag. Verhandlungen seien solange unmöglich, wie Deutschland sich nicht als „besiegt“ erkläre, die „Freundschaften“ nicht einstelle und sein „Kriegsmaterial“ nicht ausliefern. Das bedeute für den gegenwärtigen Fall, daß alle Verordnungen der Reichsregierung, die dazu bestimmt waren, den Widerstand anzustacheln, annulliert werden müßten. Alle finanziellen oder anderen Maßnahmen, durch die die Arbeitslosen unterstützt wurden oder durch die zu Sabotageakten ermutigt wurde, müßten öffentlich desavouiert werden. Organisationen, die aus dem Ruhrgebiet abgewandert waren (Kohlenhändlert), müßten wieder dorthin zurückkehren. Alle Urheber von Gewalttätigkeiten müßten von der Reichsregierung ebenso streng verfolgt werden wie von den Franzosen. Das normale Leben müsse in alle Teile des besetzten Gebietes wiederkehren. Solange aber Reichskanzler Cuno sich diesen Notwendigkeiten verschließen, blieben alle Belpfahrungen nur ein Mandat, dem Frankreich nicht den geringsten Wert beimessen könne.

Eine Durchhalte-Rede Loucheurs.

Paris, 27. April. (CA.) In der gestrigen Sitzung des Generalrats hat Loucheur in einer großen Rede einen Bericht über die Lage der zerstörten Gebiete sowie der Maßnahmen, die er für den Wiederaufbau Frankreichs für notwendig hält, gegeben und sich bei dieser Gelegenheit über seine Londoner Reise ausgesprochen. Es ist notwendig, so erklärte er, daß in den zerstörten Gebieten so schnell wie möglich die normale Lage wiederhergestellt wird. Man muß handeln, und zwar so lange, bis die Bewohner der zerstörten Gebiete genau wissen, wann sie bezahlt werden. Hierzu ist ein System der Zahlungen in mehreren Annuitäten erforderlich. Wir haben für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete fast 50 Milliarden ausgegeben, wie haben aber von Deutschland bisher nichts erhalten. Der Deutsche Reichstag hat dies auch anerkannt (?). Wir sind jetzt im Ruhrgebiet und haben keinen Anlaß, die Gründe hierfür an dieser Stelle zu besprechen. Es ist not-

wendig, daß wir unsere Soldaten, die Ingenieure und unsere Transportarbeiter bezahlen. Englische Politiker, die ich kürzlich sprach, habe ich gefragt: „Was würdet Ihr tun, wenn Ihr an unserer Stelle wäret?“ Man hat mir geantwortet: „Wir würden natürlich nicht zurückweichen.“ Loucheur fügte hinzu, daß Deutschland durch seinen Widerstand eine Intervention zu seinen Gunsten, sei es durch eine neutrale oder durch eine verbündete Macht habe herbeiführen wollen. Hiermit habe Deutschland keinen Erfolg gehabt. Die letzte Rede Lord Curzons sei ein neuer Beweis hierfür. Deutschland hoffe nunmehr, Frankreich durch die Verlängerung seines Widerstandes zu ermüden. Die einstimmige Haltung der französischen Bevölkerung müßte ihnen jedoch jede Hoffnung dieser Art nehmen. Wir hier im Norden, so fuhr Loucheur fort, wünschen, daß die Sicherheit Frankreichs in umfangreicher Art und Weise garantiert wird. Auf diese Weise arbeiten wir für den Frieden der Welt.

Loucheur nahm in der Aussprache späterhin noch einmal das Wort und führte aus: „Wenn ich heute die Frage der Zahlungsfähigkeit Deutschlands gründlich besprechen könnte, so würden Sie erstaunt sein über das, was ich festzustellen genötigt bin. Wollen Sie ein Beispiel? Wir sind erstaunt darüber, daß man früher einmal die Zahl von 6 oder 8 Milliarden Goldmark als jährliche Zahlung Deutschlands nennen konnte. Gibt Frankreich jedes Jahr nicht 14 Milliarden Franken aus als Nachzahlung für die französischen Kriegsanleihen und Ausgaben für die zerstörten Gebiete? Glauben Sie nicht, daß Deutschland in seinem Budget eine ähnliche Zahlung für die Reparationen einstellen könnte? Man hat von einem Abkommen mit England gesprochen. Ich habe meine Ansicht nie geändert. Als ich in voller Übereinstimmung mit unserer Regierung nach England gereist bin, hatte ich vor meiner Abreise mit dem Ministerpräsidenten die notwendige Unterredung, um zu wissen, ob er und ich die gleichen Gedanken hätten und welchen Ton ich unseren englischen Freunden gegenüber anschlagen könnte. In London sagte ich den englischen Politikern: „Ihr habt Euch im Januar 1923 von Frankreich getrennt, weil Ihr der Ansicht wäret, daß in diesem Augenblick keine Sanktionen gegenüber Deutschland am Platze seien. Ihr seid aber mit uns einverstanden darüber, daß Ihr, wenn Ihr an unserer Stelle wäret, Eure Anstrengungen fortsetzen würdet.“ Wir haben festgestellt, daß das englische Volk nicht nur ein Gefühl der Sympathie, sondern der Anerkennung für das Vorgehen Frankreichs hat. Die Engländer sind Kaufleute, die sich beugen, wenn sie sehen, daß andere die notwendige Geste machen.“

Das andere Frankreich.

Lyon, 27. April. (CA.) In der letzten Sitzung des Generalrats des Rhodanepartements schlug der sozialistische Deputierte Weillot einen Antrag vor, worin die von der französischen Regierung angewandten Methoden an der Ruhr getadelt werden. Der Präsident des Generalrats weigerte sich, diesen Antrag vorzutragen zu lassen. Der Abg. Herriot verteidigte den Antrag jedoch und erklärte, daß nach seiner Auffassung er auch der Ansicht wirtschaftung eine engere Verbindung mit dem ebenfalls dem Verein befolgt werden sollen als diejenigen, welche gegenwärtig verfolgt würden. Nach seiner Ansicht sollten Unterhandlungen eröffnet werden. Seinerseits werde er dafür arbeiten, daß eine solche Methode durchgeführt werde.

Verlagung des Lison-Prozesses. Der bereits einmal auf den 24. April vertagte Prozeß gegen den Patriarchen Lison und zwei andere Bischöfe ist im letzten Augenblick wieder auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Stille Börse.

Am Devisenmarkt zeigten sich bei ruhigem Geschäft keine größeren Veränderungen. Der Dollar wurde gegen Mittag mit 20 750 gehandelt. Sehr lebhaftes Geschäft herrschte am Effektenmarkt, wo größere Kaufverträge für ausländische Rechnung ausgeführt wurden. Es waren auf der ganzen Linie bedeutende Kurssteigerungen zu verzeichnen.

Milch- und Butterversorgung.

Die Preistreiberei des Zwischenhandels.

Von A. Orzesinski.

Der Vorwurf der Preistreiberei bei Milch wird den Kommunalverbänden vielfach zu unrecht gemacht. Die wichtigste Ursache der hohen Milchpreise liegt in dem System, die Milchpreise nach den Butterpreisen zu berechnen und in der unerhörten Preistreiberei für Butter. Der Umstand erst, daß nicht die Butterpreise von den Milchpreisen abhängig sind, wie das richtig wäre, da Butter ein Milch-erzeugnis ist und nicht umgekehrt, ermöglicht das neckische Spiel zwischen Butterpreis und Milchpreis. Um Milch wenigstens für die Säuglinge zu bekommen, sind die Stadtverwaltungen zur Bewilligung von Preisen genötigt, von denen sie selbst wissen, daß sie vielfach unbegründet und unerwünscht für viele derjenigen sind, denen die Milch zugute kommen soll.

Wir haben in Deutschland eine erhebliche Knappheit an Fetten, insbesondere auch an Butter, die vor dem Kriege in erheblichen Mengen aus dem Ausland kam. Die Eigenproduktion reicht für unseren Bedarf nicht aus. In der freien Wirtschaft, die wir jetzt nun wieder haben, wo der Preis sich angeblich aus Angebot und Nachfrage bildet, ist bei der Warenknappheit die naturgemäße Folge das Steigen der Butterpreise und damit der Milchpreise.

Bei der stürmischen Dollarbewegung im Januar-Februar wurde das Ansteigen des Butterpreises mit der allgemeinen Geldentwertung begründet. Als hernach der Dollar um mehr als die Hälfte seines höchsten Standes gefallen war und dann einige Wochen stabil blieb, ist der zuerst stehengebliebene und dann weiter gestiegene Butterpreis mit der angeblichen Hochwertigkeit der Ware begründet worden. Dabei stehen die heutigen Butterpreise zum Teil, obwohl Butter reines Inlandserzeugnis ist, schon über dem Weltmarktpreis, so daß es sich heute schon lohnt, Butter vom Ausland einzuführen. Tatsächlich wird auch schon Auslandsbutter im Kleinverkauf angeboten.

Die heutigen Butterpreise sind ausschließlich auf Preistreiberei zurückzuführen. Diese wird in erster Linie durch die unglaublich große Zahl der Butteraufkäufer und Händler herbeigeführt. Tausende, nicht immer ganz einwandfreie Personen ziehen aus das Land und laufen für den eigenen Verkauf oder als Agenten für andere Butter auf. Da sich meist ihre ganze Existenz auf diesen Handel begründet, suchen sie möglichst große Mengen Ware zu bekommen und bezahlen dem Erzeuger, der sich das auch gern gefallen läßt, jeden Preis und überbieten sich gegenseitig in der meist nicht getäuschten Erwartung, einen weit höheren Preis zurückzuhalten. Nach den städtischen Marktnotierungen richtet man sich nur insofern, als diese die Grundlage für die Ueberpreise bilden.

Die Legitimation dieser Aufkäufer ist, sofern sie sich überhaupt im Besitze einer solchen befinden, der Wander-gewerbeschein oder die Legitimationskarte, die beide von der Heimatbehörde ausgestellt werden und nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung nur selten verlangt werden können. Sehr viele der Aufkäufer haben aber überhaupt keine Besugniss zum Handel. Wie groß auch gerade diese Zahl der sogenannten wilden Händler ist, davon gibt ein Bild die Tatsache, daß bei einer Revision in einem kleinen Orte Westfalens Anfang Februar an einem Tage nicht weniger als 27 Männer und Frauen ohne gültige Ausweise betroffen und zur Anzeige gebracht wurden.

Zwar hat unter dem 9. Dezember 1922 der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft den Ländern die Ermächtigung erteilt, für ihr Gebiet oder für Teile ihres Gebietes den Ankauf von Butter und Käse von einer Erlaubnis abhängig zu machen. Von dieser Ermächtigung ist leider erst Gebrauch gemacht worden, als sich das wilde Händlertum und das Aufkäuferunwesen mittels des Wander-gewerbescheins schon zu sehr verbreitet hatte.

In einzelnen Bezirken haben nun Tausende von Anträgen auf Erteilung der Ankaufserlaubnis und des Wander-gewerbescheines vorgelegen. Aber auch ohne Ankaufserlaubnis wird munter, wild und verbotswidrig weiter aufgekauft. Die Polizeiverwaltungen und Landjägerien auf dem Lande sind schon wegen ihres geringen Personals nicht in der Lage, diesem Treiben mit Energie und dauerndem Erfolg entgegenzutreten zu können. Immerhin ist in Preußen, Bayern und einigen anderen Ländern dadurch, daß die Ankaufserlaubnis nunmehr ganz allgemein vorgeschrieben worden ist, wenigstens die Möglichkeit eines behördlichen Einschreitens gegen das zahlreichere Händlertum gegeben. In Hessen, Oldenburg, beide Mecklenburg, Braunschweig, Sachsen, Anhalt, Lübeck und Bremen wird eine solche Ankaufserlaubnis merkwürdigerweise aber noch immer nicht verlangt. Ein Grund dafür ist nicht bekannt, vielleicht liegt mangelndes Interesse, vielleicht auch ein besonderes Interesse gewisser Bevölkerungsschichten in den Ländern vor. Durch dieses uneinheitliche Vorgehen finden aber die Butterschieber Lücken, durch welche sie mal wieder bequem durchschlüpfen können.

Außer den unzähligen Aufkäufern wirken die vielen Butterverandgeschäfte stark preistreibend. Die Verendung von Butter in Postpaketen ist eine alte Einrichtung insbesondere der schleswig-holsteinischen Molkereien. Sie ist während des Krieges im Interesse einer einheitlichen Fettversorgung verboten und erst nach Aufhebung der Rationierung wieder möglich geworden. Heute sind die Butterverand-geschäfte wieder eine Gefahr für die Milchversorgung unserer

Kinder. Im Milch- und Butterlande Schleswig-Holstein hat diese Preistreiberi zur Folge, daß auch dort Milch sehr knapp und teuer und die Einheimischen Butter kaum noch oder nur zu Spitzenpreisen erhalten können.

Ebenso wie die Butteraufkäufer, sind die Versandgeschäfte bemüht, unter allen Umständen Butter zu bekommen, um ihre meist sehr zahlungsfähigen Kunden bedienen zu können. Die Molkereien zahlen für Milch zum Verbuttern Ueberpreise und entziehen sie damit den Kindern. Zwischen Versandgeschäften und Molkereien bestehen Abmachungen, wonach auf den Berliner oder Hamburger Butternotierungspreis von den Versandgeschäften noch ein Aufschlag zu zahlen ist, der, wie festgestellt wurde, bis zu 3000 M. das Pfund beträgt. Ein Versandgeschäft hat schon zu einer Zeit, als der Butterpreis in Berlin noch unter 6000 M. blieb, auf Grund seiner Gesteuungskosten und Spesen seinen Kunden 9500 M. berechnet.

Die Zahl der Versandgeschäfte ist viel größer, als gewöhnlich angenommen wird. Eine Umfrage in der Provinz Schleswig-Holstein hat ergeben, daß in 16 Kreisen der Provinz den Behörden 335 Versandgeschäfte bekannt sind. Daneben existieren aber noch viele andere. Unter den 335 Geschäften sind 129 Molkereien und 206 reine Versandgeschäfte. In einem einzigen Ort im Kreise Rendsburg bestehen nicht weniger als 21 Versandgeschäfte. Und was sind es für Leute, die sich in Schleswig-Holstein mit dem Butterversand beschäftigen? Die nachfolgende Uebersicht gibt darüber interessante Aufschluß. Meiereisachleute waren 96, Kaufleute 53, Händler 11, Landwirte 12, Handlungsgehilfen 4, Schlächter 4, Barbiers, Bankbeamte, Gastwirte je 3, Gemüsehändler, Betriebsbeamte, Musiker, Rentner je 2, Lederhändler, Maurer, Bierverleger, Pantoffelmacher und Schneider, Tischler und Buchbinder je 1. In 3 Fällen wurde das Geschäft von Frauen betrieben. Zum großen Teil sind es also Personen, die den Butterversand neben ihrem Hauptberuf betreiben, einen Beruf vielfach, der mit Butterhandel nur eine sehr entfernte Verwandtschaft hat.

Dem volkschädigenden Treiben der Händler und Versandgeschäfte muß entgegengetreten werden. Ob das ohne Wiedereinführung der öffentlichen Bewirtschaftung der Milch und Molkereiprodukte wirksam möglich ist, erscheint zweifelhaft. Obwohl die Milchnot unserer Kinder, Schwangeren und Kranken zum Himmel schreit, wird bei der wirtschaftlichen Einstellung der Reichsregierung und der bürgerlichen Reichstagsmehrheit mit entsprechenden Gesetzesmaßnahmen kaum zu rechnen sein. Es muß also zu anderen Mitteln gegriffen werden.

Zunächst muß die Ankaufserlaubnis vom Reich allgemein vorgeschrieben werden. Da, wo sie heute schon besteht, haben die Oberpräsidenten von der Möglichkeit der Erlaubnisvergabe gegenüber den Versandgeschäften und den Aufkäufern rücksichtslos Gebrauch zu machen. Wenn die zahllosen Butterhändler durch Versagen der Ankaufserlaubnis gezwungen würden, sich produktiver Arbeit zuwenden, würde ihre bisher volkschädigende Tätigkeit in eine gemeinnützige umgewandelt, was nur zu begrüßen wäre.

Aber auch die Molkereien werden schärfer überwacht werden müssen. Infolge der für sie guten Geschäftskonjunktur sind verhältnismäßig viele neue Molkereien errichtet worden, obwohl bei der Minderung der Milch- und Butterproduktion ein Abbau der bestehenden am Platze wäre. Eine Kontingentierung der Molkereien, herbeigeführt durch die Konzessionierung des Molkereibetriebes, wäre wohl zu erwägen.

Unbedingt notwendig ist jedoch eine andere Regelung der Preisbestimmung für Milch und Butter. Nicht der Milchpreis hat sich nach dem Butterpreis, sondern dieser nach dem Milchpreis zu richten. Der Preis des Fabrikats hat, wie ganz allgemein in der Wirtschaft üblich, vom Preis des Produktes auszugehen. Zunächst muß also der Milchpreis festgesetzt werden. Das kann, wie bisher, auf Grund des § 5 der Milchverordnung vom 30. April 1921 geschehen, und den Landwirten kann dabei durchaus für gute Milch ein angemessener Preis zugestimmt werden. Von der anordnenden Behörde oder dem in der angezogenen Verordnung vorgesehenen Schiedsgericht muß aber, je nach dem Milcherzeugungsgebiet

und der Jahreszeit, zugleich das Verhältnis zwischen Butter- und Milchpreis festgelegt und mit dem Milchpreis der danach angemessene Butterpreis zugleich öffentlich bekannt gemacht werden. Ueberschreitungen des so festgesetzten behördlichen Butterpreises, der die Handlungsunkosten und angemessenen Handlungsgewinne berücksichtigen soll, wären als Preistreiberi zu verfolgen. Damit wird gewiß nicht jeder Preistreiberi und nicht allen unlauteren Machenschaften begegnet. Aber eins wird erreicht, daß die Milch- und die Butterpreise in Zukunft sich mehr auf den Bestehungskosten aufbauen und nicht von Preistreiberi abhängig sind. Das Nahrungsmittel für unsere Säuglinge, die Milch, wird damit der gewissenlosen Spekulation entzogen.

Eine kommunistische Dolchstoßlegende.

Die Welt ist rund und muß sich drehn! Jetzt ist es A. Thalheimer, der um die nationale Zuverlässigkeit der deutschen Sozialdemokratie besorgt ist, jetzt entdeckt er Dolchstoße. Jetzt schreibt er in der „Roten Fahne“:

Der englische Plan ist die internationale Ausbeutung des Ruhrreviers, und zu diesem Zwecke die „Entmilitarisierung“ des Rheinlandes. Eine internationale Gendarmerie soll die gemeinsamen englisch-französisch-amerikanischen Herrschaftsrechte dort ausüben. Rheinland-Westfalen wird so Deutschland entzogen. Deutschland selbst wird eine internationale Kolonie. Englische, französische, amerikanische Kapitalisten sollen gemeinsam das deutsche Proletariat auspressen, bis der eine oder andere Teilhaber stark genug ist, den anderen oder die anderen hinauszumerfen.

Dieser Plan ist, wie der belgische (!) Sozialdemokrat Auriol und der französische Sozialdemokrat Longuet verraten haben, in den Grundzügen der mit Hilferdings Hilfe ausgearbeitete Plan der Zweiten Internationale.

Die Geschichte ist schaurig schön. Wäre sie wahr, so müßte Hilferding heute noch wegen Landesverrats ins Gefängnis geschleppt werden, und Thalheimer stände als Reiter des Vaterlandes da. Leider ist an ihr aber alles ebenso richtig, wie daß Auriol, der Südfrenzoise und allen politisch gebildeten Leuten bekannte Deputierte der Pariser Kammer, ein Belgier ist. Die deutschen Sozialdemokraten haben bekanntlich die „Internationalisierung“ des besetzten Gebiets stets abgelehnt. Auf ihrer Konferenz mit den ausländischen Genossen hatten sie das freilich nicht nötig, dort hat man solche Pläne gar nicht diskutiert.

Wulle und die Weisen von Zion.

In der „Mecklenburgischen Warte“ beschäftigt sich Herr Wulle in einem Artikel mit den Verhandlungen über die Deutschvölkische Freiheitspartei vor dem Staatsgerichtshof. Der Artikel schließt:

„Der Tanz kann beginnen, der Staatsgerichtshof hat das Wort. Wie wird er entscheiden? In den Protokollen der Weisen von Zion steht zu lesen: „In den wichtigsten staatsrechtlichen Fragen und sonstigen Streitfällen entscheiden die Gerichte so, wie wir es ihnen vorschreiben.“

Damit ist gesagt, daß der Staatsgerichtshof, wenn er zungunsten der Deutschvölkischen Freiheitspartei entscheidet, als zwangsmäßig Beauftragter der Weisen von Zion, dem angeblichen obersten Rat der Juden, handelt. Es ist bezeichnend für die Strupelloigkeit eines Wulle, daß er vor den blödesten Erfindungen nicht zurückschreckt, um eine noch nicht vollzogene richterliche Entscheidung von vornherein zu verdächtigen.

Die Ablehnungen des Stinnesorgans.

In ihrer heutigen Morgenausgabe versucht die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ des Herrn Stinnes den fatalen Eindruck zu verwischen, den die jüngsten Veröffentlichungen über die Protikollen des Stinnes-Kongresses bei dem letzten Marktzug hervorgerufen haben. Das Blatt erklärt wieder und fromm, der „hochgestellte persönliche

Vertreter“ des Herrn Stinnes, dessen Äußerungen in dem „New York Herald“ wiedergegeben werden, sei ein Herr F. Henius gewesen, der als Annoncenakquisiteur auch gelegentlich der „D. A. Z.“ Inserate zuführe und weder mit Herrn Stinnes, noch mit seiner Firma irgendwas zu tun habe.

Gegenüber diesem Ablehnungsversuch stellt die „D. A. Z.“ am Mittag folgende Tatsachen fest:

Herr Major a. D. Franz Henius wohnt im Hotel Esplanade Tür an Tür mit den persönlichen Appartements des Herrn Stinnes. Er hat sich in einer Reihe von Fällen, über die uns Belege vorliegen, großindustriellen Firmen gegenüber bald als Direktor, bald als Generaldirektor vorgestellt und unter der Zusicherung von Gegengeschäften Inserate für die „D. A. Z.“ erworben. Nachstehendes Schreiben kennzeichnet im übrigen die Verbindung von Geschäft und Politik, die die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ gestern anderen Zeitungen zum Vorwurf zu machen wagte:

Franz Henius. Berlin, den 2. 3. 23.
Hotel Esplanade.

Sehr geehrter Herr!

Da Ihr Auftrag in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ am 13. Januar 1923 abgelassen ist, und Sie doch sicherlich die Bestrebungen des Herrn Hugo Stinnes, die durch die Zeitung gefördert werden, zu unterstützen gewillt sind, bitte ich Sie, mir freundlichst zu bestätigen, daß Sie Ihren Auftrag auf ein weiteres Jahr zu den jeweils geltenden Anzeigenpreisen verlängern.

In diesen Zeiten des feindlichen Ruheinbruchs erhofft die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die sich ja ganz besonders der Bekämpfung des Feindes und Verteidigung der nationalen und Industrieinteressen widmet, Ihre weitere finanzielle Unterstützung.

Im voraus bestens dankend
Hochachtungsvoll
Franz Henius.

Der Vertreter des „New York Herald“ ist nicht von ungefähr mit Herrn Henius ins Gespräch gekommen, sondern weil er ihm wie anderen im Bureau des Herrn Stinnes in der Budapestter Straße bereits früher als die zuständige Persönlichkeit für Presseauskünfte bezeichnet worden war. Er hat auch nicht gelegentlich eines Privatgesprächs, sondern wie uns versichert wird, bei einer eigens zu diesem Zwecke herbeigeführten, nur die Frage der Stinneschen Devientläufe betreffenden Unterhaltung, die oben erwähnten Auskünfte gegeben. Es wird dem Blatte des Herrn Stinnes angesichts dieses Tatsachenmaterials schwer fallen, bei seiner Behauptung zu bleiben, daß der „gelegentliche Anzeigenvertreter“ im Hotel Esplanade weder mit Herrn Stinnes noch mit seiner Firma irgendwas zu tun hat.

Die Verkehrsdrofflung im Rheinland.

Paris, 27. April. (E.) Die Rheinlandkommission hat beschlossen, den Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet nur noch auf einer bestimmten Anzahl von Straßen zuzulassen. Die Militärbehörden sind ermächtigt worden, die Straßen, die für den Verkehr gesperrt werden sollen, nötigenfalls durch Absperrung oder durch Spergräben unpassierbar zu machen.

Duisburg, 27. April. (Fig. Drahtbericht.) Der bekannte Duisburger Parteigenosse und Vorsitzende der Duisburger Stadtverordnetenfraktion, Genosse Ernst Müller, ist am Donnerstag von der belgischen Besatzung in Duisburg verhaftet worden. Ueber die Gründe dieser Verhaftung liegen nähere Einzelheiten nicht vor.

Das Bureau der Binnenschiffer und Aufschiffmaschinen in Mannheim (Deutscher Verkehrsbund) ist von den Franzosen geräumt worden.

Dänisch-russisches Uebereinkommen. Der Führer der nach Kurland entlassenen dänischen Delegation, Kammerherr Glon, und der Führer der russischen Verhandlungsdelegation Litwinoff unterzeichneten in Moskau ein vorläufiges Uebereinkommen zwischen Dänemark und Sowjetrußland.

Bürgerkrieg in China. Aus Kanton wird gemeldet: Die Truppen aus Kwangsi sind geschlagen und flüchten nach allen Richtungen. Die Truppen von Sunjatsien haben die Verfolgung eingestellt und rücken jetzt in das Hauptquartier des Generals Hung-Hang-Ting, eines der Hauptgegner Sunjatsiens.

Geist und Spiritus. In der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ spricht sich der Münchener Arzt Dr. Loschberg über die belagerten miffischen und gesundheitlichen Zustände in Bayern aus und bezeichnet als Ursachen dafür einmal die Wohnungsnot, zum anderen den Alkoholismus. Die erstere kann nicht vom grünen Tisch aus behoben werden, wohl aber der unverantwortliche Saufzug. Er ist aber nicht nur von der Regierung nicht bekämpft, sondern aus politischen Gründen sogar gefördert worden. Jetzt sieht man das Unglück ein, wo es zu spät ist. Der Minister gab das Befehlen des Unszugs zu, sagte aber, es bestche keine gesetzliche Handhabe, das Starkbierbrauen zu verbieten, es sei aber zu überlegen, ob nicht etwas in dieser Richtung zu erreichen habe. Der Verfasser gibt die Hoffnung nicht auf, daß die Münchener Industrie „einen Teil ihrer riesigen Gewinne aus den zahlreichen Starkbiersaisons zur Umkehrung von Spiritus in Weist verwendet“, wenn es gilt, der Rot, z. B. der Universität, zu steuern.

Empfindungen eines von einer Lawine Verschütteten. In der italienischen „Gazzetta del turismo e dello sport“ berichtet ein gewisser Franco Dezulian, seinem Namen nach wohl ein Armenier, über die Eindrücke, die er in der knappen Zeitspanne seines Absturzes mit einer Lawine hatte, die ihn zu Tal rief. Er befand sich in einer Höhe von 2350 Metern und verfolgte einen schmalen Pfad, der in einer Länge von etwa 400 Metern einen Kamin durchschneidet, als er plötzlich ein furchtbares Getöse vernahm. Er wandte sich blüßschnell zur Seite, wurde aber, noch ehe er Zeit fand, sich zu Boden zu werfen, unter einer Riesenschneelawine begraben. In diesem kritischen Augenblick erinnerte er sich, einmal gelesen zu haben, daß es sich in solchen Fällen empfehle, mit Armen und Beinen Schwimmbewegungen zu machen. Infolgedessen war er trampelhaft bestrebt, in seinem Schneegrabe die verschütteten Glieder zu regen. Vergebens bemühte er sich zu atmen. Die Schnelligkeit der Bewegung der Lawine erschien ihm so märchenhaft, daß er den Eindruck hatte, nach allen Richtungen hin und her gerissen zu werden. Aber das schlimmste war doch die Unmöglichkeit, Atem zu holen. Er schnappte trampelhaft nach Luft, aber was er in den Mund bekam, war nur Schnee und immer wieder Schnee. Gleichwohl verlor er nicht den Mut. Er verdoppelte seine Anstrengungen, die Glieder zu bewegen, bis er sich von der Unmöglichkeit des Versuches überzeugt hatte. Endlich minderte sich die Schnelligkeit; er fühlte sich sanfter hinabgleiten und endlich festen Boden. Einen Augenblick lag er bewegungslos, entkräftet und halb ohnmächtig. Dann glückte es ihm mit äußerster Anstrengung, den Kopf zu heben, und er sah zu seiner unbeschreiblichen Freude durch einen Schneespalt das Licht, den Himmel und das Leben. Als er sich glücklich herausgearbeitet hatte, bedurfte es noch geraumer Zeit, ehe die durch die Schneemassen zusammengedrückt Lungen ihre normale Tätigkeit wiederaufnahmen.

Neues Volkstheater. Schmidt Bonn's Drama „Die Raben nach Elysium“, das am 2. Mai zur Aufführung kommt, ist von Paul Bildt inszeniert. Die Bühnenbilder entwarf Leo Dahl. In den Hauptrollen sind beschäftigt: Paul Bildt, Carl Ludwig Schatz und Paula Bager.

Die Gemäldegalerie Carl Nicolai, Bismarckstr. 26a, bringt in den Monaten Mai-Juni eine Ausstellung von Werken des russischen Malers Konstantin Korovin.

Die Geschichte vom edlen Gendarmen.

In der „Salzburger Zeitung“ las ich eine Geschichte, so wunderbar, daß sie nur das Ueberirdische haben kann.

Es ging ein Gendarmenwachmeister über Land, ein „Postenführer“, und kam an einem kleinen See vorbei. Ein fünfjähriges Mädchen stand am Ufer und weinte, weil ihr Papierschifflein so weit hinausgeschwommen war.

Da beging der Gendarmenwachmeister eine Pflichtverletzung, indem er seinen Dienstweg unterbroch, seine Rüstung ablegte und ins Wasser sprang, um dem Mädchen sein Papierschifflein zu holen. Ein gültiger Herrgott, dem es furchtbar fatal war, daß in dieser Welt ein Edelmensch Gendarmenwachmeister sein mußte, des großen Brotes wegen, blieb ein bißchen in die Wellen, strudelte sie Lurchen an, und der Gendarm ertrank, das Papierschifflein in der Hand. Man konnte ihn nicht mehr retten.

Ich kann mir schon denken, daß an jenem Tage ein Wanderer vielleicht geraubt wurde, weil der Weg unbewacht blieb. Aber was bedeutet ein Ueberfall gegen die Heiligkeit des Gendarmen?

Er ertrank nicht wegen eines Ueberseebampfers, nicht einmal eines Menschenlebens wegen. Sondern wegen eines kleinen Schiffleins aus Papier, dem ein kleines Mädchen nachweinte.

Was ist ein Held, der hunderttausend „Feinde“ ertränkt, gegen diesen Wachmeister?

Seine Seele schwamm ins Paradies auf einem wunderbaren Wollenschiff, ganz aus Weiß und Gold und Nichts. Ja, solche Gendarmenwachmeister gibt es. Aber sie ertrinken gewöhnlich.

Der rote Joseph.

Die Zukunft des Neuen Volkstheaters. Das Neue Volkstheater in der Köpenicker Straße wird, wie wir erfahren, auch in der nächsten Spielzeit als Betrieb der Volksbühne E. B. weitergeführt werden. Doch soll an die Stelle der selbständigen Bewirtschaftung eine engere Verbindung mit dem ebenfalls dem Verein gehörigen Theater am Bülowplatz treten, in der Weise, daß ein einheitliches Ensemble unter der Leitung des Direktors Frig Hoff in beiden Häusern spielt.

Außerordentliche Hauptversammlung der Volksbühne, E. B. Die Leitung der Volksbühne, E. B., hatte die in den Mitglieder-versemmlungen gewählten Delegierten des Vereins zu einer außerordentlichen Hauptversammlung nach den Musterfestfällen berufen. Die Versammlung, die sehr stark besucht war, nahm zunächst einen Bericht des Vereinsvorsitzenden Georg Springer entgegen, der wertvolle Mitteilungen über die derzeitige Lage der Organisation, den Schauspielereinstreit, die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, Angestellten- und Beamtenverbänden, die Fortführung des Kroll-Ilmbaues und den neuen, über das Haus am Königsplatz geschlossenen Vertrag mit der Staatsverwaltung, ferner über den Direktionswechsel im Theater am Bülowplatz, die Zukunft des Neuen

Volkstheaters und die weiteren Aussichten der Vereinsstätigkeit enthielt. Die darauf einsetzende Aussprache zeigte das einmütige Vertrauen, das von den Delegierten der Vereinsleitung entgegengebracht wurde. Die vom Vorstand getroffenen Maßnahmen fanden in allen Punkten Billigung. Darüber hinaus ergab die Diskussion manche wertvollen Anregungen für die weitere Vereinsarbeit. Sie schloß mit der einstimmig von allen Rednern befürworteten Annahme folgender Resolution:

„Die am 24. April abgehaltene Delegiertenversammlung der Volksbühne, E. B., als Vertretung der mehr als 150 000 Personen, vorwiegend Arbeiter und Angestellte, umfassenden Mitgliedschaft des Vereins, bezeichnet den zwischen der preussischen Regierung und der Volksbühne abgeschlossenen Vertrag über das Opernhaus am Königsplatz als eine wichtige Errungenschaft, die keinesfalls wieder aus den Händen gegeben werden darf. Die Versammlung erklart in dem Vertrag den ersten Schritt zu gemeinsamer Arbeit der Staatsinstitute mit der eigenen Organisation des Volkes auf dem Gebiet der Kunstpflege und damit die öffentlichrechtliche Anerkennung der Volksbühne als Vertretung des Volkswillens zu künstlerischer Kultur. Wenn es die Versammlung auch bedauert, daß es unmöglich wurde, des neuen Haus als Besitz der Volksbühne fertigzustellen und es als deren Eigenbetrieb zu führen, so begrüßt sie doch freudig die Gewährung des Anrechts auf die Hälfte der Plätze für Volkstheaternmitglieder und besonders die Veranstaltung der Vorstellungen durch die Staatsoper. Sie erkennt das Entgegenkommen der Staatsbehörden in dieser Sache mit Dank an und erwartet von allen maßgebenden Instanzen, besonders aber von den Vertretern des Volkes im Parlament, daß sie diesen Vertrag in Schutz nehmen und für seine unveränderte Durchführung eintreten werden.“

Die erste italienische Mustermesse. Deutschland beginnt mit seinen Messen auch in Italien Schule zu machen. In der Erkenntnis der hohen Bedeutung, die insbesondere die Musteressen für das Wirtschaftsleben haben, hatte sich in Rom auf die Initiative des Professors Orrei ein Ausschuss gebildet, der die Vorbereitungen für die in Rom abzuhaltende Mustermesse so energisch betrieb, daß man diese bereits am 22. April zu eröffnen gedachte. Aber die Messe teilte das Schicksal aller Ausstellungen: sie wurde nicht rechtzeitig fertig, und so sah man sich genötigt, die Eröffnung auf den 29. April zu verschieben. Die Musterausstellung soll einen umfassenden Ueberblick über den Stand des industriellen, landwirtschaftlichen und künstlerischen Lebens Italiens geben. Zu ihrer Aufnahme hat man eine Stadt im Kleinen erbaut, die im Stil dem altrömischen Charakter Rechnung trägt und an die stolze Vergangenheit Roms erinnern soll. Den Eingang zu der Ausstellungsstadt bildet eine säulengetragene monumentale Pforte, deren Treppe von den vier Wisa Medici entnommenen Löwen flankiert wird, und die eine stolze römische Inschrift trägt. Man betritt dann einen großen Platz, dessen Mitte die traditionelle römische Wägen bewacht. Von hier aus führt der Weg zu den verschiedenen Ausstellungsgebäuden. Wie es sich für eine römische Stadt ziemt, fehlt ihr weder das Forum noch das römisch-griechische Amphitheater, das eine bis ins kleinste genaue Wiedergabe der altrömischen Theater darstellt.

Ein zurückgezogenes Volksbegehren.

Der voreilige Reichsbund für Siedlung und Pachtung.

Von zuständiger Stelle wird M.B. mitgeteilt: Das vom Reichsbund für Siedlung und Pachtung vor einem Jahre beantragte Volksbegehren zur Ergänzung des Reichs-siedlungsgesetzes wurde im Dezember 1922 zugelassen, nachdem die Vertrauensleute wiederholt mündlich und schriftlich versichert hatten, daß der Antrag ernstlich gemeint sei, das Volksbegehren unter allen Umständen durchgeführt werden solle und daß die Eintragungslisten entsprechend dem Gesetz auf ihre Kosten beschafft und den Gemeinden in ausreichender Zahl zugestellt werden würden. Darüber ist der Bundesvorsitzende wiederholt über die Schwierigkeiten eines Volksbegehrens belehrt worden. Eine formelle Ablehnung der Zulassung war mit Rücksicht auf die beigebrachten Unterschriften nicht möglich. Die ursprünglich für Februar vorgesehene Eintragungsfrist wurde aus Drängen des Bundes noch einmal auf die Zeit vom 18. April bis 1. Mai verlegt. Die gegen die Mängel des Gesetzesentwurfes aus den eigenen Reihen des Bundes erhobenen Einwände haben den Bund jetzt veranlaßt, von der Durchführung des Volksbegehrens Abstand zu nehmen, d. h. die Gemeinden nicht mit Eintragungslisten zu versehen, vielmehr für einen neuen, abgeänderten Gesetzesentwurf Stimmung zu machen. Gegen eine derartige Handhabung oberster Volksrechte muß entschieden Verwahrung eingelegt werden. Der große wahltechnische Apparat der staatlichen und gemeindlichen Wahlbehörden ist nutzlos in Gang gesetzt worden, wodurch dem Reiche und den Gemeinden nicht unbeträchtliche Kosten erwachsen sind. Das Vorgehen des Bundes für Siedlung und Pachtung ermangelt des politischen Verantwortungsgefühls.

Eine industrielle Erklärung.

Der Reichsverband der Industrie teilt der Ill. mit: Ein Berliner Abendblatt bringt die Nachricht von einer erneuten Garantieerklärung des Reichsverbandes der deutschen Industrie und seiner Zustimmung zu einem angeblichen Angebot der deutschen Regierung. Die Nachricht ist völlig aus der Luft gegriffen. Sein gestern terminmäßig togendes Präsidium hat einen solchen Beschluß weder gefaßt, noch auch nur erörtert, weil überhaupt dem Reichsverband der deutschen Industrie von einem solchen Angebot der deutschen Regierung nichts bekannt ist.

Die Politik des Kabinetts Bonar Law.

London, 27. April. (Ill.) Der Schatzkanzler Baldwin gab auf einer Versammlung der Nationalunionisten eine Erklärung über die Regierungspolitik ab. U. a. sagte er: Die Regierung habe in einem kritischen Augenblick die Führung der Geschäfte übernommen. Die Regierung hätte durch den Abschluß des Friedens in der Türkei, in Mesopotamien und Nordindien die Verhältnisse wieder regeln können. Der Frieden in Europa, fügte Baldwin hinzu, sei die schwierigste Aufgabe gewesen und er bezweifle, ob die vorhergehende Regierung in demselben Zeitraum wie die gegenwärtige größere Fortschritte hätte erzielen können. Er hoffe, daß man in einer nahen Zukunft zu einer Regelung kommen werde, die alle zufriedenstellt. In Frankreich, Deutschland, Italien und Belgien nimmt die Zahl derjenigen zu, die von einer endgültigen Regelung der interalliierten Schulden und des Reparationsproblems die Wiederherstellung des Friedens der Welt und der Sicherheit Europas erwarten.

Siforski in Pomerellen. Der polnische Ministerpräsident bereift jetzt das ehemals preussische Teilgebiet. Die chauvinistische Polenpresse begrüßt diese Reise als Beginn des Kampfes gegen die drohende... deutsche Gefahr.

Der Weg der Milch.

Die Milch ist für die Berliner Bevölkerung ein echtes Luxusgetränk geworden. Trotzdem rollt in den frühen Morgenstunden eine große Anzahl von Milchwagen von den Bahnhöfen zu den großstädtischen Meiereien, und ein Teil dieser Wagen findet seinen Weg auch zu der in der Buchallee in Weißensee gelegenen Meierei der Stadt Berlin. Die Wagen fahren an die Rampe heran. Schnell sind die Fässer abgeladen, ihr Inhalt sorgsam notiert und schon beginnt die maschinelle Bearbeitung. Von dem Augenblick an, wo die Milch in die Behälter geschüttet wird, der mit einer kleinen Pumpe in Verbindung steht, die sie zu Beginn ihres weiteren Weges in einen Hochbehälter drückt, wird die Milch vollkommen mechanisch, unter Ausschaltung menschlicher Tätigkeit, behandelt. Von dem Hochbehälter läuft die Milch in eine Zentrifuge, in der sie gereinigt wird, um dann den Weg in den Vorerhitzer zu finden, der ihr eine Temperatur von 65 Grad Celsius verteilen soll. Dann wird sie in den Dauererhitzer befördert, wo sie sechs Kommen zu pässieren hat, in denen die Keime restlos abgetötet werden. Eine Pumpe drückt die Milch nun auf den Kühler, in dem innen die Kühlflüssigkeit emporsiegt und über dessen Rippen die Milch hinunterläuft. Sie erhält dadurch eine Temperatur von 3 Grad und kann nun in Vorratsbehälter fließen. Die Meierei ist mit einer eigenen Eisanlage ausgerüstet. Für die Reinigung der Milchgefäße sind modernste Einrichtungen in besonderen Räumen vorhanden. Getrennt von diesen Räumen erfolgt die Ausgabe der fertig pasteurisierten Milch. An 5000 Liter werden hier täglich bearbeitet und alsdann in eigenen Gefäßen an die einzelnen Milchgeschäfte befördert. Eine Befichtigung dieses kommunalen Mutterbetriebes, der in vorbildlicher Sauberkeit glänzt, hinterläßt die besten Eindrücke.

War der Weg der Milch bisher einer scharfen Kontrolle unterworfen, wurde sie in der städtischen Meierei einer völlig einwandfreien Behandlung unterzogen und, von schädlichen Keimen befreit, in wohlverschlossenen Kannen auf die Wagen geladen, so entzieht sie sich nun der strengen Aufsicht. Der Milchfahrer schüttet sie in die Gefäße der Milchhändler, diese wieder schöpfen mit ihren Messgeräten die Milch in die Töpfe der Hausfrauen. Neue Keime finden ihren Weg von außen her in die Milch; es ist leider auch vorgekommen, daß sie mit Wasser innig gemischt wurde, bis eine zufällige Kontrolle diesem Verbrechen ein Ende machte. Aber vielleicht wollten die Ertopften die geringe Milchzufuhr nur auf ihre Art „verbessern“. Das Dumme ist nur, daß das keiner einsehen will.

Keine Wohnungsbaubgabe für Straßenregulierungen.

Im Preussischen Landtage hatte der Abgeordnete Carl Lademdorf, Vorsitzender des Bundes der Berliner Grundbesitzervereine, behauptet, der Magistrat Berlin habe von den ihm aus der Wohnungsbaubgabe zugewiesenen Milliarden zwei Drittel für Straßenregulierungen verwendet. Der Magistrat erklärt jetzt im Gemeindeblatt, daß an dieser Behauptung nicht ein wahres Wort ist. Tatsache sei vielmehr, daß dem Wohnungszwangsverband Groß-Berlin von Kriegsende bis 31. Dezember 1922 insgesamt aus Reichs-, Staats- und Gemeindefürsorge sowie aus den Erträgen der Wohnungsbaubgabe noch nicht einmal eine einzige Million zur Verfügung stand und von dieser Summe kein Pfennig für

Straßenbauten ausgegeben worden ist. Man sollte meinen, daß die ständigen Mißerfolge in den Bestrebungen, dem „sozialistischen“ Magistrat etwas anzuhängen, die Herrschaften etwas vorsichtiger machen müßten.

Um die „Deutschen Taten“.

Abermals ein Brunner-Prozess.

Vor dem Schöffengericht Schöneberg wurde gestern eine interessante Beleidigungsklage von Prof. Karl Brunner, dem früheren Dezernenten für die Bekämpfung der Schundliteratur beim Berliner Polizeipräsidium, gegen den früheren verantwortlichen Redakteur der „B. Z. am Mittag“, Dr. Eugen Tannenbaum, verhandelt. Prof. Brunner fühlte sich beleidigt durch einen Artikel in der genannten Zeitung vom 1. November v. J.

In diesem Artikel hieß es unter der Überschrift „Brunner auf der Schundliteraturliste“, daß unter den berühmten Dichtern des deutschen Sumpfes auch der aus dem Reigen-Prozess bekannte Paladin der Sittlichkeit, Prof. Dr. phil. Karl Brunner, Dezernent im Wohlfahrtsministerium und Literaturfachverständiger des Berliner Polizeipräsidiums, wegen der von ihm herausgegebenen Schriften „Deutsche Taten“ auf die Schundliteraturliste gesetzt worden sei. Die Angeklagte Tannenbaum erwiderte zur Klage, daß die Veröffentlichung eines Artikels der „Frankfurter Zeitung“ mit der Überschrift „Brunner und der Sumpf“ entnommen sei. Das Bewußtsein der Beleidigung habe ihm ferngelegen. R. A. Wenzel Goldbaum erklärte als Vertreter des Klägers, daß dieser Fall für Prof. Brunner von weittragender Bedeutung sei. Er sei am 1. Oktober aus dem Amt ausgeschieden, und am 1. November sei der fragliche Artikel erschienen, und Prof. Brunner habe auf Veranlassung des Generals v. d. Goltz eine Schriftenreihe „Deutsche Taten“ herausgegeben, die Berichte über deutsche Kämpfe aus den Jahren 1914/18 enthalten und allen möglichen Zeitungen entnommen seien. R. A. Goldbaum legte dem Gericht eine Reihe Aufsätze vor, die der Berliner Presse, u. a. der „B. Z. am Mittag“ selbst, entnommen seien. Es seien Schilderungen von Feldzugsteilnehmern, und keine Schundliteratur. Die Tatsache, daß eine Schriftenreihe dem Frankfurter Polizeipräsidium auf die Schundliteraturliste gesetzt worden ist, sei das Un glaublicke, was man sich denken könne. Prof. Brunner, der amisch dazu berufen war, gegen anstößige Schriften zu kämpfen, wurde nun durch diese Veröffentlichung als ein Mann hingestellt, der selbst jahrelang pornographische Schriften veröffentlicht habe. Das Schöffengericht kam zu einer Verurteilung des Angeklagten, indem es sich den Ausführungen der Rechtsbeistände des Klägers angeschlossen. Der Angeklagte Tannenbaum wurde wegen öffentlicher Beleidigung Prof. Brunners zu einer Geldstrafe von 50000 M. verurteilt. Dem Kläger wurde die Befugnis der Veröffentlichung des Urteils im redaktionellen Teil der „B. Z.“ zugesprochen.

Die Tatsache, daß Prof. Brunner auf Veranlassung des Generals v. d. Goltz „Deutsche Taten“ herausgegeben hat, kennzeichnet allerdings zur Genüge das Niveau dieser Schriften. Ueber das, was man unter Schundliteratur versteht, kann man bekanntlich verschiedener Meinung sein.

Maifeier und Schulbesuch.

Damit der Maifeiertag der Arbeit auch zum Feiertag der Kinder des Proletariats wird, fordert die Zentralkommission der sozialdemokratischen Elternbeiräte Groß-Berlins alle Klassenbewußten Eltern aus der Arbeiterbevölkerung auf, ihre Kinder am 1. Mai dem Schulunterricht fernzuhalten. Man ist bei uns leider noch nicht so weit, daß der 1. Mai als ein Feiertag anerkannt wäre, an dem überhaupt jeder Schulunterricht ausfallen muß. Im vorigen Jahre wurde aber Lehren und Kindern gestottert, am 1. Mai dem Unterricht fernzubleiben, wenn sie vorher bei dem Leiter der Schule die Genehmigung nachgeholt hatten. Das preussische Staatsministerium ordnete damals an, Besuchen von Eltern und Erziehungsberechtigten auf Befreiung der Kinder vom Unterricht sei zu entsprechen. Das gilt, wie wir erfahren, auch für dieses Jahr. Für das Gesuch wird eine an den Schulleiter gerichtete einfache schriftliche Mitteilung genügen, die die Eltern den Kindern mitgeben. Wer sein Kind am 1. Mai feiern lassen will, der möge schleunigst an den Leiter der Schule einen dahingehenden Antrag richten.

Das markenfreie Brot wird teurer.

Der Zweckverband der Bäckermeister meldet, daß der Preis des markenfreien Gebäckes weiter erhöht wird. Er begründet das mit der Verteuerung des Hauptmaterials, des Wehles. Vom 12. März bis zum 25. April sind gestiegen die Preise des Roggenmehles von 110 000—120 000 M. auf 145 000—155 000 M., des Weizenmehles von 120 000—130 000 M. auf 165 000—180 000 M. des Doppelzentner. Vom 20. April ab sollen kosten: markenfreies Brot 2000 M., Schrippen 80 M., Schneden, Hörnchen, Kaiserbrötchen 100 M., Blechkuchen, Munder 175—225 M., gerösteter Zwieback 2000 M., Einback 1600 M., geriebene Semmel 1600 M.

„Grünfoller“.

Die grüne Schulpolizei hat es dem Portier Fischer angetan: Schon bei dem Anblick der grünen Uniformen gerät er in Wut. Fischer war Portier in einem Hause, in dem sich ein Nachtlokal befindet, das sehr häufig von Polizeistreifen heimgesucht wird. Bei einer derartigen Gelegenheit hatte Fischer die Beamten in der gemeinsten Weise beschimpft und sie mit dem Revolver bedroht. Da er sich schon in etwa 30 Fällen ähnlicher Weise vergangen hat, so hatte ihn das Schöffengericht zu der schweren Strafe von einem Jahr Gefängnis wegen Beamtenebeleidigung und Bedrohung verurteilt. In der stattgehabten Verurteilungsverhandlung wies R. A. Dr. Diamant darauf hin, daß der Angeklagte zweifellos am „Grünfoller“ leide, wie in früheren Zeiten bei der blauen Schumpolizei manche Leute an „Blaufoller“ gelitten hätten. Der Angeklagte fühlte sich von der grünen Polizei bedroht und angegriffen und er glaube, daß sie ihm und seiner Frau an das Leben wollte. Auch bei Beginn der Ver-

Devisenkurse.

	27. April		26. April	
	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Silber-) Kurs	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Silber-) Kurs
1 holländischer Gulden	11571.—	11629.—	11371.50	11428.50
1 argentinische Papier-Peso	10810.40	10804.60	10578.50	10628.50
1 belgischer Frank	1713.66	1739.34	1700.73	1704.25
1 norwegische Krone	5112.18	5137.52	4977.52	5002.48
1 dänische Krone	5561.00	5588.04	5446.85	5478.65
1 schwedische Krone	7910.17	7949.83	7730.62	7769.38
1 finnische Mark	—	—	801.99	800.01
1 japanischer Yen	13065.—	14035.—	13965.—	14035.—
1 italienische Lire	1458.84	1466.16	1428.91	1436.09
1 holländischer Gulden	137156.25	137843.75	134662.50	135337.50
1 Dollar	29725.50	29874.50	29127.—	29273.—
1 französischer Frank	2009.96	2020.04	1900.08	1909.92
1 britischer Pfundsterling	3142.12	3157.88	3117.18	3132.82
1 Schweizer Frank	5336.50	5418.50	5206.72	5323.28
1 spanische Pesta	4528.65	4551.35	4429.90	4451.10
100 österr. Kronen (abgeh.)	—	—	40.84	41.06
1 tschechische Krone	881.70	886.21	862.83	867.17
1 ungarische Krone	—	—	5.18	5.22
1 bulgarische Leva	—	—	216.45	217.55
1 jugoslawischer Dinar	—	—	268.25	269.75

Handlung hatte der Angeklagte sofort begonnen, wußt auf die als Zeugen geladenen Beamten zu schimpfen und zu behaupten, sie wollten ihn umbringen. Das Gericht schloß sich der Ansicht des Verteidigers an, daß der Angeklagte auf seinen Geisteszustand beobachtet werden müsse.

Zwei schwere Raubüberfälle aufgeklärt.

Für 70 Millionen Mark Beute machten, wie wir mitteilen, vor einigen Tagen Einbrecher in der Karosserie von Eichelbaum Nachf. in der Brandenburgstr. 72/73. Sie überfielen den Wächter Reihart, fesselten ihn und zwangen ihn, mit dem Gesicht auf der Erde liegen zu bleiben. Es ergab sich bald, daß die Einbrecher mit den örtlichen Verhältnissen genau bekannt gewesen sein mußten. Gegen einen gewissen Walter Koslowki, den Sohn eines Schlossermeisters, der jetzt noch in der Karosseriefabrik angestellt ist, ergaben sich schwere Verdachtsmomente, die sich dann auch bestätigten. Der junge Koslowki wurde festgenommen, als er eine gestohlene Lichtmaschine und einen Anläufer verlaufen wollte. Ebenso ein arbeitsloser Kurt Rad, der ihn begleitete. Beide behaupteten allerdings, die Sachen von einem unbekanntem gekauft zu haben. Sie wurden aber überführt, als noch weitere Lichtmaschinen entdeckt wurden, und legten jetzt auf ein Geständnis ab. Weitere Ermittlungen ergaben, daß die Koslowkis und Rad vor einiger Zeit auch den großen Einbruch in die Karosseriefabrik von Rudolph u. Co. am Hohenzollerndamm 54 verübt haben.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Jeftziehender Milchpreis für die kommende Woche. In der kommenden Woche wird der Milchpreis für Groß-Berlin nicht verändert werden, sondern bleibt auf 960 M. stehen.

Vollkornbrot-Vorgensfeier. Die zum Schen des Deutschen Volkspokers von den vereinigten Milchmüllern Groß-Berlin kürzlich veranstaltete Morgensfeier im Jüdisch-Bahnhof wird am Sonntag, den 29. d. M., um 11 1/2 Uhr, wiederholt werden.

Die Hochzeit des Arbeiterprinzen.

Das englische Volk, das seine parlamentarische Regierungsform bereits seit Jahrhunderten hat und mit ihr und durch sie allein groß und mächtig geworden ist, kann es sich wohl leisten, auch einmal seinem Königshaus in aller Öffentlichkeit eine Verbindung zu machen. Das ist am Donnerstag, den 26. April, anlässlich der Hochzeit des Herzogs Georg von York, des zweiten Sohnes des englischen Königs, mit der Tochter des schottischen Grafen von Strathmore der Fall gewesen. Unter der Devise: „Ganz London will einmal einen Tag Rot und Sorgen der Nachkriegszeit vergessen!“ nahm diese überschäumende Festfreude der Engländer mitunter höchst dreulige Formen an. Mit Festmahlen und Regenschirmen aus, geflatet und mit Lebensmitteln versehen, besetzte man bereits am Mittwochsabend die Straßen und verließ dort die ganze Nacht. Am Abend des Hochzeitstages war ganz London in ein Lichtmeer getaucht. Der Hochzeitsläden aber war drei Meter hoch und wog 3 1/2 Zentner. Getreu der freihülligen, im englischen Volk lebendigen Lieberlieferung erinnerte der Erzbischof von Canterbury in seiner Traureden das junge Paar daran, daß der englische König durch seine tatsächliche überparteiliche Stellung dazu berufen sei, vermittelt und bindend bei den im Volk vorhandenen Gegensätzen zu wirken. Der junge Ehemann hat sich in der englischen Öffentlichkeit bereits den Ehrennamen eines „Arbeiterprinzen“ erworben, weil sein wissenschaftliches Interesse dem ernsthaften eingehenden Studium der Arbeiterfrage gilt, eine Arbeit, mit der er in Zukunft seinem Volk wahrscheinlich ganz anders nützen kann als jener Festlandsfürst, der großprahlend und ohne jede ernste Kenntnisse ausstrahlt, er werde mit der Sozialdemokratie schon allein fertig werden.

Selbstmord eines Pfarrers. In Hohennauen bei Rathenow erschloß sich gestern in seiner Dienstwohnung der dort amtierende Pastor, der evangelische Pfarrer Müller. Ueber den Grund zu der Tat hat bisher noch nichts ermittelt werden können.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Etwas kühler, vielach heiter, jedoch sehr unbeständig mit wiederholten Regen- und Graupelstürmen und kühlen westlichen bis nordwestlichen Winden.

Gewerkschaftsbewegung

Armer Deutscher!

Unter dieser Überschrift gibt die volksparteiliche „Zeit“ eine Zusammenstellung wieder, die der „Westminster Gazette“ entnommen ist und die eine Gegenüberstellung enthält über die Zeit, die ein Engländer und ein Deutscher aufwenden müssen, um gewisse Lebensnotwendigkeiten zu erwerben. Diese Gegenüberstellung enthält folgende Zahlen:

	Deutscher Angestellter	Engl. Angestellter
1 Pfund Margarine	5 Stunden	20 Minuten
1 Ei	30 Minuten	10 Minuten
1 Pfund Feinzucker	1 Stunde	20 Minuten
1 Pfd. rationiertes Brot	1.20 Stunden	15 Minuten
1 Pfd. Rindfleisch	4.20 Stunden	1.15 Stunden
1 Anzug	7 Wochen	1 1/2 Woche
1 Paar Schuhe	5 Wochen	2 Tage
1 Stck Seife	45 Minuten	12 Minuten

Die „Zeit“ bemerkt dazu, daß die Preise, die dieser Gegenüberstellung zugrunde liegen, durch die Teuerung des letzten Vierteljahres bereits weit überholt sind.

Diese Bemerkung des volksparteilichen Blattes ist durchaus zutreffend. Wir erinnern ergänzend, daß gleichzeitig in Deutschland die Arbeitslosigkeit einen ungeheuerlichen Umfang angenommen hat, während in England die Zahl der Arbeitslosen um eine Viertelmillion zurückging. Dieser Rückgang der Arbeitslosigkeit in England mit der gleichzeitigen Zunahme der Arbeitslosigkeit in Deutschland ist in der Hauptsache zurückzuführen auf die ungleich niedrigeren Reallohne der Reallohne der deutschen Arbeiter und Angestellten, in Verbindung mit der Preissteigerung, die besonders von der deutschen Schwerindustrie ausgeht. Wir werden der Wirtschaftskrise in Deutschland nur Herr werden, wenn wir einerseits die Reallohne der Arbeiter steigern, andererseits der Bucherwirtschaft der Kartelle und Syndikate Einhalt gebieten.

Diese Gegenüberstellung zeigt aber auch, was von dem Gerede der Unternehmer in Deutschland zu halten ist, daß Lohnerhöhungen in größerem Umfang nicht vorgenommen werden dürfen, wenn die Industrie konkurrenzfähig erhalten bleiben soll. Das Gegenteil ist richtig. Wenn man die Leistungsfähigkeit der Arbeiter und Angestellten sowohl als Produzenten wie als Verbraucher steigern will, dann muß auch ihr Realeinkommen ganz wesentlich gesteigert werden.

Die Christlichen und die Maifeier.

Das Kartell der christlichen Gewerkschaften Berlins hat es für notwendig gehalten, sich zur Frage der Maifeier zu äußern.

Für uns ist der 1. Mai kein Feiertag, wir glauben auch, es volkswirtschaftlich und national nicht verantworten zu können, daß in einer wirtschaftlich schwachen Zeit Gelegenheiten zur Nichtarbeit gesucht wird.

Dieser Standpunkt ist pharisäerhaft. Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften sind an der Erhaltung des Christentums, an der internationalen Arbeiterschuttsbewegung, wie an all den Forderungen, für die wir am 1. Mai demonstrieren genau so stark interessiert wie die freien Gewerkschaften. Wenn sie dennoch die Demonstration für diese Forderungen am 1. Mai ablehnen, den 1. Mai nicht als Feiertag anerkennen, weil er kein gesetz-

Sicher und Kirchenfeier ist, dann mühten sie schon so freundlich sein und es bei dieser allbekannten Tatsache bewenden lassen.

Die christliche Duldsamkeit dürfte schon so weit gehen, den freien Gewerkschaften keine Knüppel zwischen die Füße zu werfen. Wir müssen heute noch manchen Feiertag mitfeiern, der für uns kein Feiertag ist.

Gelegenheit zur Nichtarbeit bieten Karfreitag, Himmelfahrtstag, in katholischen Gegenden Fronleichnamstag, wie auch die Aufstiege. Die weltwirtschaftlichen und nationalen christlichen Gewerkschaften bei der Maifeier mühten ihre Einheit erst erproben, indem sie sich auch bei all diesen Gelegenheiten der Nichtarbeit bemerkbar machten. Denn was für einen Tag gilt, muß in höherem Grade für vier, fünf und mehr Tage im Jahre gelten. Der für sich selber Toleranz fordert, muß schon zeigen, daß er sie auch zu üben versteht, zumal wenn die Solidarität mit in Frage kommt. Christlicher war also Schwelgen in diesem Feste.

Die Gastwirtsangestellten zur Maifeier.

Die Generalversammlung des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten am 25. April beschäftigte sich mit der Maifeier und nahm eine Resolution der Verwaltung einstimmig an. Gemäß dem gefassten Beschluß werden alle gastwirtschaftlichen Arbeitnehmer aufgefordert, sich geschlossen an der Demonstration der Gewerkschaften am 1. Mai zu beteiligen und während dieser Demonstration die Arbeit ruhen zu lassen. In den Betrieben sollen nur die aus technischen oder anderen Gründen unbedingt nötigen Arbeitnehmer zurückbleiben. Nach der Beendigung der Demonstration ist die Arbeit in allen Gastwirtschaftsbetrieben unverzüglich wieder aufzunehmen. Die Arbeitgeber sind über die gefassten Beschlüsse unterrichtet. Von der Arbeiterschaft wird erwartet, daß auch ihrerseits dafür gesorgt wird, daß alle Gastwirtschaftsbetriebe, auch die keinen

Betriebe, die kein Personal beschäftigen, während der Demonstration der Gewerkschaften geschlossen sind. Im übrigen haben die organisierten Gastwirtsangestellten in der Generalversammlung zum Ausdruck gebracht, daß auch sie für sich das Recht der vollständigen Arbeitsruhe am 1. Mai in Anspruch nehmen. Voraussetzung ist allerdings dafür, daß das Publikum auf die Inanspruchnahme der Gastwirtsbetriebe und damit die Tätigkeit der Angestellten am 1. Mai verzichtet. Die Generalversammlung erwartet, daß zwischen der Hauptverwaltung des Verbandes und dem ADGB eine generelle Regelung der Frage der Maifeier der Gastwirtsangestellten getroffen wird.

Rüstet zur Maifeier!

Ablehnung des Schiedspruchs im Bankgewerbe.

Wie uns der Allgemeine Verband der Bankangestellten mitteilt, haben seine Mitglieder, wie auch die des Deutschen Bankbeamtenvereins, den Schiedspruch vom 19. April abgelehnt. Die Unparteilichkeit im Reichsarbeitsministerium haben erklärt, eine Aufbesserung der Märzgehälter sei für April nicht geboten und mit den Stimmen der Arbeitgeberbeihilfer den abweisenden Schiedspruch gefällig. Allerdings mit der Einschränkung, daß etwaige Steigerungen des Reichslohens im April bei der Gehaltsregelung für Mai berücksichtigt werden sollen.

Lohnbewegung der Knopfabriker.

Die dem Deutschen Metallarbeiterverband angegliederten Knopfabriker und -arbeiterinnen waren am Donnerstagabend zahlreich in der großen Aula der Sophienstraße versammelt, um zu einer

Regelung ihrer Löhne Stellung zu nehmen. Nachdem Schulz über die bisherigen Bemühungen um eine Aufbesserung der Löhne berichtet hatte, setzte eine längere Aussprache über die Frage ein, welche Forderungen den Arbeitgebern unterbreitet werden soll. Von den Rednern wurden verschiedene Vorschläge gemacht. Wenigstens müßte — so wurde hervorgehoben — das Existenzminimum einigermaßen erreicht werden. Schließlich wurde man sich dahin einig, eine Erhöhung der Löhne um 25 Proz. zu fordern. Wie Schulz mitteilte, hat die Lohnkommission bereits um eine Verhandlung bei den Arbeitgebern nachgesucht. Die bestehende Branchenkommission wurde durch die Wahl der Kollegen Schmolling und Buri ergänzt. Hierauf hielt Fräulein Gladow einen kurzen Vortrag über die Bedeutung der Maifeier und forderte am Schluß dazu auf, vollständig an der Feier teilzunehmen.

Zur Demonstration am 1. Mai treffen sich alle im 15. Verwaltungsbezirk wohnenden Arbeiter, Angestellten und Beamten aus den Ostischen Baumkühlenweg, Oberhöfenstraße, Niederhöfenstraße, Abterhof, Johannisthal und Alt-Stenide am Bahnhofsplatz in Oberhöfenstraße, von wo um 11 Uhr der gemeinsame Aufmarsch erfolgt. Die Mitglieder der Unterkommission treffen sich an demselben Ort eine Viertelstunde früher. Unterkommissionsmitglieder haben rote Armbänder mitzubringen. Unterkommission des 15. Verwaltungsbezirks.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Groß-Berliner Wäsche-Industrie, Frankfurter Allee 287, bringt zum Ultimo ganz besonders günstige Sonderangebote. Wir verweisen auf die Anzeige in der heutigen Nummer.

Verantwortlich für den Inhalt: Fritz Schiff, Berlin; für Anzeigen: E. Hilde, Berlin; Verlag: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Germania-Verlagsanstalt u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2

Gardinen- u. Teppichhaus „Rila“

Inhaber: Richard Lange
Wilmerdorfer, Uhlandsstraße 105 (an der Berliner Straße)
Geöffnet von 9-7 Uhr

Deutsche Teppiche, Brücken, Vorlagen, Läuferstoffe, Tisch- u. Diwanddecken bedeutend unter Tagespreis. / Kissen-Garnituren, Halbstores, Bettdecken, Gardinen (Meterware), Spannstoffe, Hamme und Matras in großer Auswahl. Anfertigung von Garnituren usw. in eigener Konfektion

Qualitätswaren

Anzüge 68⁰⁰⁰ 48⁰⁰⁰ 28⁰⁰⁰
kleine Größen
Anzüge 78⁰⁰⁰ 98⁰⁰⁰ 48⁰⁰⁰
Mittlergrößen
Anzüge 98⁰⁰⁰ 135⁰⁰⁰ 68⁰⁰⁰
weite Größen
Mantel 48⁰⁰⁰ 78⁰⁰⁰ 38⁰⁰⁰
in jeder Art

Anzüge und Mäntel
bester Ersatz für Maßanfertigung
Riesen-Auswahl!

Damen-Mäntel
vom soliden bis zum elegantesten
2800 3900 4800 5900 85000 99000 137000
Kostüme :: Röcke

Albert Klezewski

Wilmerdorfer Straße 127
Ecke Schillerstraße, erste Etage

Damen-Mäntel
Kostüme
Röcke
nom einfachsten bis zum elegantesten.
Arbeitsstube
E. Karthäuser, Neukölln, 38erstr. 60

Tuchhaus Süden

Neu eröffnet!

Kottbuser Damm 4.

In allen Abteilungen die größte Auswahl.

Anzugstoffe, halbbare Qualität . . . 9500.- M.
Anzugstoffe, reine Wolle 17300.- M.
Kostümsstoffe, reine Wolle 11500.- M.

Sichern Sie sich Ihren Bedarf durch Anzahlung.

Fahrtgeld für Stadt- und Straßenbahn wird vergütet.

Willst du preiswert
Hosen kaufen, mußt du
Hosen-Anders kaufen.
A. Anders, Beusselstr. 25

Gold Silber Platin Brillanten
kauft reell zu höchsten Tagespreisen
C. Käferle
Uhrmacher - Juwelier
Frankfurter Allee 270

Bettwäsche
zu Fabrikpreisen!
Dam- u. Her-Handtücher, Tisch-, Schür-, Waschlappen!
Eckbrecht, 100a 51

Damen- und Herren-Stoffe
aller Art in großer Auswahl.
Gabardine, Kammgarne, Covercoats, Tuche, moderne Streifen, Volls, Musselins usw.
Kleider- u. Jutier-Seiden (schwarz und farbig).
Paul Karle
O. 34, Warschauer Straße 79.

München - Gladbacher Hosen-Zentrale
jetzt auch
Calvinstraße 34 Ecke Alt-Mosbit nahe Kriminalger.
Sinf-Breches . . . v. 14000 M. an
Gestr. Hos., schön. Must., 16000 „
Ersatz für Maß . . . 25000 „
in allen Weiten und Längen
Überzeugen Sie sich durch Besichtigung unserer reichhaltigen Lager.
Kein Kaufmann. Fahrtgeldvergüt. Fahrvers. Lin. 3, 5, 10, 21, 23, 24, 44, 56
Autob. 11, Bbl. Bellevue, Leht. Bbl.

Bettwäsche
Kein Bluff!
Wir haben unsere Preise um 50 Proz. herabgesetzt. Bettbezug 11 500, 17 500, Tafeln 8200, 9900 Bettgarnitur 1 (Bettbett, 2 Kissen) 27 000, 31 000, fertige Bettzüge 24 000, 29 000, Handtuch 1250, 1900, Damaste, Hemdbestecke, Tischlächer, Lederlappen, Plüschdecken, Gardinen, Kissen, Haube etc. billig.
Bitte überzeugen Sie sich vor Einkauf bei uns!
Kohl & Kupferberg, Bettwäschefabrik
Javalienstr. 6, Ecke Bergstraße (nahe Siedler Hofbahn)
Bitte genau auf Hausnummer achten! Preis ist gültig über 200 Bett bei Einkauf von 100.00 Mark an.

Entzückende Modelle in Damenhüten
einfache und elegante, kaufen Sie vorteilhaft direkt in
Ecksteins Hutfabrik, Invalidenstrasse 35
Ecke Chausseestraße.
Kein Laden, nur alle Treppe.
Elegante Lamp etc. etc.

Einkauf von Brillanten,
Perlen, Smaragde, Rubin, Gold und Silberwaren, sowie Uhren, Ketten u. Ringen, Schmuck, Kunstgegenstände etc. in allen

Bettwäsche

Trotzdem wir heute zu bedeutend höheren Preisen nachkaufen müssen, verkaufen wir noch, soweit der Vorrat reicht, alle Bestände zu den bekannt billigen Preisen; es ist daher Ihr eigenes Interesse, Ihren Bedarf an Wäsche umgehend bei uns zu decken.

Zum Ultimo
Einmaliges Sonder-Angebot vom 26. April bis 4. Mai 1923
3 x 3 Schlager in jeder Abteilung

Bezüge Tischtücher Handtücher
Deckbett 15 750 Tischtuch, weiß, 110/130 in kräftig Qual. 18 500
Küchenhandtuch, fertig gesäumt, Oerzstücken 18 500
Kopfkissen 7 200 Gartentischdecke, weiß m. blau gem. 7 950
Staubhandtuch Jaquard in verschied. Mustern 3 900
Protierhandtuch 4 950
Laken ohne Mittelnaht 12 800
Gartentischdecke, granfarb. m. verach. Streifen, bla. Bord 9 600
Protierhandtuch 4 950
Wäschestoff . . . 2000/Louisianatuch 3250/Louisianatuch 5900

Einmaliges, nicht wiederkehrendes Angebot! — Nur diese Woche ohne Mittelnaht, prima Stoff, 150/250 mit schöner Madrasfärberei 32 500

Groß-Berlin. Wäsche-Industrie

an der Volzstraße, Frankfurter Allee 287 an der Volzstraße
Kein Postversand. // Spezialhaus größten Stills mit eigener Fabrikation. Riesenauswahl. Fachmann, zuverlässig, Bedienung, Mengenabg., vorzuzahl. Fahrverbindung: Bahnhof Frankfurter Allee, Linien 68, 69, 70, 76, 176. Hochbahn Bahnhof Warschauer Brücke (Lichtenberg-Anschlussbahn). Geschäftszeit von 9-7 Uhr.

Reste-Haus C. Pelz

Kottbuser Str. 5
Anzugstoffe
Kostümsstoffe
Mantelstoffe
Kleiderstoffe
Seidenstoffe
Mäntel, Kostüme
Käcke
2% Rabatt!

Korsette
Verkauf
Reparatur, Maßanfertigung
Fr. C. Bungartz,
Seebühl, Beusselstr. 31.

Alt-Metall-Ankauf
an höchst Berlin
Curow, Neukölln
Jannasch, 68
an der Bergstr.
2. Miß vom
Bahnhof Neukölln
Tel.: Reul. 4197

Gewinn-Ausziehung
der
21. Preussisch-Schlesischen
(247. Preussischen) Klassen-Lotterie
4 Klasse 9. Ziehungstag 26. April 1923

Jede gezogene Nummer hat zwei gleich hohe Gewinne, und zwar je einer auf die beide gleich großen Nummern in den beiden Abteilungen I und II

Es ist verboten, nachher zu ziehen.
In der Vormittags-Ziehung wurden Gewinne über 30 000 M. gezogen.
2 zu 1 Million M 202721
2 zu 500 000 M 366067
4 zu 100 000 M 189662 240504
6 zu 50 000 M 140698 172809 370548
7 zu 30 000 M 6561 18010 18627 20997 28584
73325 96398 107051 107118 117723 118923 119321
120399 126751 132544 143359 159463 170694 179761
225199 242097 253983 262446 262839 263704 266303
268432 284383 301312 308244 319270 320541 338634
380386 389441 384314 370707

In der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne über 30 000 M. gezogen.

4 zu 500 000 M 137805 160439
2 zu 100 000 M 204757
2 zu 50 000 M 87928 115126 257768 304622
62 zu 30 000 M 8651 93331 91292 93896 97070
74300 82899 89967 115780 128762 152884 191789
102091 204181 209998 218819 227783 231437 235400
236737 245273 251021 289591 385400 294077 301708
321670 329042 344780 354549

Welt unter halbem Tagespreis

Zähne

Mark 3000 und 4000
Schriftl. Garantie. Zähne ohne Gummien, Kulante Zahlungsvereinfachung keine Luxuspreise. Goldkronen v. 40 000 M. an. Ersatzkronen 6000 M. Zahnziehen u. Bekämpfung b. Bestell. v. Gebissen gratis
Katvni, Danziger Str. 1
Ecke Schönhauser Allee, Hochbahnstation
Vorzeiger erhält 10 Prozent Extra-Rabatt. Bis jetzt über 15000 Gebisse z. voll. Zufriedenheit geliefert

Großer Preisabbau

Fahrradgummi wieder billiger!

Neue Continental prima Gummi prima Preis- einlage . . . 3500.-, 9500.-
alle erstklassigen Marken, gleich, welches Fabrikat 15000.-
Schlauchgummi . . . 2000.-, 3000.-, 3500.-
extra prima 4500.-, 1 Jahr Garantie.
Schlauchreifen . . . 25 000.-
Großes Lager in Peter-Neilon, Excellence, Dunlop Continental, Pneumatis, bedeutend billiger
Transportreifen, Transportschläuche, Motorradreifen, Motorradschläuche, sehr große Auswahl.
Reifen 8000.-, 9000.-, Zenter 10000.-, 12000.-, Fahrradreifen 2000.-, 3000.-, Zenter 3000.-, 4000.-, 5000.-, 6000.-, 7000.-, 8000.-, 9000.-, 10000.-, 11000.-, 12000.-, 13000.-, 14000.-, 15000.-, 16000.-, 17000.-, 18000.-, 19000.-, 20000.-, 21000.-, 22000.-, 23000.-, 24000.-, 25000.-, 26000.-, 27000.-, 28000.-, 29000.-, 30000.-, 31000.-, 32000.-, 33000.-, 34000.-, 35000.-, 36000.-, 37000.-, 38000.-, 39000.-, 40000.-, 41000.-, 42000.-, 43000.-, 44000.-, 45000.-, 46000.-, 47000.-, 48000.-, 49000.-, 50000.-
Doppelgelenklager, Verkauf, Müllerei, neue Fahrräder, Dreiräder, Handbrenne, Ersatzteile, Reparatur, Glöde und Nachbrenne mit 265 000,-
prima Gummiwerkstoffe

ca. 200 Original-Brennabborräder
mit Torpedo-Fahrlauf, Continental-Pneumatis, extra prima (weiß) in Luxusausf. 385 000 u. 395 000,-
Brennabor-Transporträder, Brennabor-Geschäftsräder sehr billig
Automobile, Bootmotoren, Motorräder usw.
Ernst Machnow, größtes Fahrradhaus
Berlins,
Weinmeisterstr. 14
u. Charlottenburg, Wilmerdorfer Str. 47-48

Vertrieb von München-Gladbacher Hosen nur Schöneberg, Goltzstraße 7.

Hosen umsonst!

können wir nicht liefern. — Durch vorteilhafte Abschlüsse sind unsere Preise sehr niedrig, versäumen Sie nicht die günstigste Gelegenheit. Obenstehend einige Beispiele unserer Billigkeit. Fahrtgeld wird vergütet.

Englischer Hosen	16 800 M.	Elegante Umschlager-Hosen	24 800 M.
Gestreifte Hosen, schöne Muster	14 800 M.	Manchester-Breches	32 000 M.
Feldgrüne Hosen, Ia	16 700 M.	Manchester-Hosen	35 000 M.
Ersatz für Maß	27 800 M.	Sinf-Breches	11 500 M.